

Berlin, Donnerstag,

den 24. Juni 1909.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bezugs-Preis:
Stichtätigkeit
für ganz Deutschland 9 Mk.
für ganz Deutschland 9 Mk.
für ganz Deutschland 9 Mk.
für ganz Deutschland 9 Mk.
für ganz Deutschland 9 Mk.
für ganz Deutschland 9 Mk.
für ganz Deutschland 9 Mk.
für ganz Deutschland 9 Mk.
für ganz Deutschland 9 Mk.
für ganz Deutschland 9 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger.
Hotels- und Bäder-Anzeiger.
Vollständige Viehungslisten der
Preussischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verlosungstabellen
mit Bestanden-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Bestellungen werden angenommen
bei allen
Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Insertions-Gebühr:
Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
Reklametext 1 Mt.

Telegraphen-Adresse:
Börsenkrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Fernsprecher:
Amt I, Nr. 243.

Reise-Abonnement.

Während der Reise-Zeit nehmen wir Wochen-Abonnements auf beliebige Dauer an unter möglicher Zufuhr der Zeitung per Streifenband; der Preis stellt sich für den Umfang des Deutschen Reiches sowie für Sendungen nach Oesterreich-Ungarn auf 1 Mark 50 Pfg., für Sendungen nach den übrigen Staaten auf 1 Mark 75 Pfg. pro Woche. Bestellungen nimmt die unterzeichnete Expedition entgegen.

Abonnenten, welche ihr zu Hause abonniertes Exemplar regelmäßig an einem anderen Orte erhalten wünschen, wollen wie folgt verfahren: a) haben sie bei einer Postanstalt abonniert, so wollen sie bei der Postanstalt ihres Wohnortes die Ueberweisung ihres Exemplars nach dem neuen Aufenthaltsort bei gleichzeitiger Zahlung der Ueberweisungsgebühr beantragen; b) empfangen sie ihre Zeitung durch einen Spediteur, so wollen sie bei diesem die Ueberweisung des Exemplars an die Post unter Zahlung der Ueberweisungsgebühr veranlassen.

Die Expedition
der Berliner Börsen-Zeitung.
Kronenstraße 37.

Vom Tage.

Im Reichstage gelangte gestern der Kommissionsantrag betreffend die Wertzuwachssteuer für Immobilien zur Annahme.

Ritoni äußerte sich in der italienischen Deputiertenkammer eingehend über die auswärtige Politik, insbesondere über die italienisch-russischen Beziehungen und die angebliche vorzeitige Erneuerung des Dreibundes.

In der Kohlenmine der Laßawanna-Gesellschaft bei Pittsburg ereignete sich eine Explosion, in Folge deren etwa 150 Bergleute in der Grube eingeschlossen sind.

Wie aus London gemeldet wird, ist der für England bestimmte Teil der neuen türkischen Anleihe diesmal überzeichnet und die Substitutionsliste geschlossen worden.

Spanien und Marokko.

In den letzten Tagen mehren sich mit auffallender Sensibilität die Nachrichten aus Marokko, die darauf hindeuten, daß wieder drüben jenseits der Straße von Gibraltar der Tanz von neuem losgeht. Eine ganze Reihe von Ueberfällen durch ausländische Horden werden gemeldet, und die alte Mär vom heiligen Krüge, die so oft schon ängstliche europäische Gemüter in Schrecken gejagt hat, wird von neuem aus der diplomatischen Schreckenskammer hervorgezogen. Weitere Nachrichten über die Vorstöße marokkanischer Stämme gegen franzosenfreundliche Stämme bereiten darauf vor, daß man in naher Zukunft wieder zum Schwerte greifen muß, um die „Schuchstämme“ gegen solche Unternehmungen zu schützen. Besonders von Seiten der spanischen Regierung und der offiziellen Presse Spaniens werden allerhand unfontrollierbare Gerüchte über feindliche Pläne und Absichten der Marokkaner gegen die spanischen Besitzungen in Nordafrika verbreitet. Der der Regierung unbedingt ergebene Staatsrat hat einen außerordentlichen Kredit von 3 Millionen Pesetas für Kriegszwecke als notwendig gefordert und bewilligt erhalten. Nun ist allerdings ein Kredit in solcher Höhe an sich unangenehm, um die Kosten für eine Expedition zu decken. Aber der Kredit ist in einem Augenblick be-

willigt worden, in dem die Kammer kurz vorher geschlossen worden waren. Auch gibt das Scheitern der Mission Merry del Bals, des spanischen Gesandten, dem Votum des Staatsrates eine besondere Wichtigkeit. Dieser eigentümliche Gesandte hat nämlich infolge seines taktlosen und unvorsichtigen Verhaltens in Bezug eines diplomatischen Niederlage erhalten; besonders wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er dem Vertreter des Sultans in Tanger falsche Mitteilungen über den Inhalt einer amtlichen Note gemacht hat, während er über den Sultan selbst zu jenem Vertreter geäußert hat, es fehle Mulay Hafid an jeglicher Vorbereitung zum Regieren, er habe einen heftigen Charakter, sei unhöflich und politisch unflug. Trotzdem hat die spanische Regierung das sonderbare Verhalten ihres Gesandten nicht desabonniert, sondern ihn in seiner Stellung belassen, vielleicht nur aus dem Grunde, um ihn nicht vor der marokkanischen Gesandtschaft zu erniedrigen, die anfangs Juli in Madrid eintreffen wird.

Ist schon dieser Schritt der spanischen Regierung eigentümlich, so ist das Vorgehen gegen den rechtmäßigen Herrscher, den Sultan Mulay Hafid, erst recht unbegreiflich. Sich stützend auf die Algeriras-Akte, verlangt Mulay Hafid die Räumung der von den beiden Mächten probitorisch besetzten Teile des marokkanischen Staatsgebietes. Unter dem Vorgeben, das Los der dort ansässigen Europäer nicht länger der unheimlichen Barbarei preiszugeben, ist Spanien im Begriff, beträchtliche Truppenmengen nach Marokko zu werfen. Nichts rechtfertigt indessen diesen Schritt. Tatsächlich ist in der Nähe der spanischen Präsidios kein Attentat begangen worden, tatsächlich ist kein Ueberfall von Stämmen signalisiert worden. Nur von der feindlichen Haltung der Uelaläs in der Umgebung von Melilla ist die Rede gewesen; aber die Riffstämme sind in einem Zustande der chronischen Anarchie, und selbst bezüglich ihrer muß die spanische Regierung zugeben, daß ihr keinerlei feindliche Bewegungen zu Ohren gekommen seien. Die überwiegende Majorität der spanischen Presse betont die friedlichen Absichten der Regierung. Auch hervorragende Politiker, die über die Situation befragt worden sind, haben sich in ähnlicher Weise ausgesprochen. Der General Lopez Dominguez hat erklärt, daß man mehr an Eroberungen denken noch sich in Abenteuer stürzen werde. Man sieht daher nicht ein, was der Gegenstand einer militärischen Expedition in diesem Augenblick sein kann, nach welchen Nutzen Spanien daraus ziehen kann. Vielleicht darf man die Erklärung für die Entscheidung des Kabinetts von Madrid lebhaft in der Geschichte der Mission Merry del Bals sehen. Der Nationalstolz Spaniens fühlt sich vielleicht verletzt durch das Verhalten Mulay Hafids, der über das gekennzeichnete taktlose Benehmen des spanischen Gesandten offen seine Unzufriedenheit ausgesprochen hat. Man würde also damit gewissermaßen der öffentlichen Meinung eine Genugtuung geben.

Aber vielleicht zutreffender werden die militärischen Vorbereitungen Spaniens im Hinblick auf die demnächstige marokkanische Gesandtschaft beurteilt. Denn Spanien ist sich sicher bewußt, daß die Westergreifung von Bergminen in der Nähe Melillas ein unrechtmäßiger Gewaltakt war. Die Bergminen besaßen sich bisher in dem unrechtmäßigen Besitz des Rebellen Buhamara, der nach seiner Flucht über den Kopf des rechtmäßigen Landesherren die Minenkonzession an spanisch-französische Gesellschaften gab. Dabei waren die Arbeiten in den Minen, die der Rebell nicht schüchtern konnte, schon früher unterbrochen worden. Die Unternehmer möchten nun ihr Geld (bei der Gesellschaft „Minas del Rif“ handelt es sich um vier Millionen, bei der andern „El Norte Africa“ wohl um eine ähnliche Summe) nicht verlieren und haben sich darum um Schutz an die spanische Regierung gewandt, der ihnen auch zugestimmt worden ist; denn die Hauptunternehmer sind Leute der Regierung, frühere Minister oder

sonstige regierungsfähige Politiker. Der Schluß liegt nahe, daß der Staatsrat von Spanien die drei Millionen lebhaft deshalb bewilligt hat, um den Sultan Mulay Hafid einzuschüchtern und ihn zum Verzicht auf seine unbestreitbaren Rechte zu zwingen. In diesem Lichte betrachtet, erscheint uns das Vorgehen Spaniens als ein Gewaltakt, den auch nicht die heuchlerische Behauptung rechtfertigt, als handle es sich bei dem geplanten Unternehmen gegen Marokko um den Schutz der im Reich des Scherifen ansässigen Europäer.

Telegramme.

Kiel, 23. Juni. (G. L. C.) Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord lief um 2 1/2 Uhr aus der Hohenauer Schleuse in den hiesigen Hafen ein. Als die Kaiserflotte sichtbar wurde, feuerten die anwesenden Kriegsschiffe, darunter auch der englische Kreuzer „Cornwall“, den Kaiserjacht. Gleichzeitig wurden auf allen Schiffen die Toppschlaggen gehißt.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral v. Tirpitz hielt heute mittag dem englischen Rabettenschuldschiff „Cornwall“ einen Besuch ab. Beim Bombardieren feuerte das Schiff einen Salut von 17 Schüssen, den der Panzerkreuzer „Prinz Albrecht“ erwiderte.

Köln, 23. Juni. (Priv.-Tel. d. B. V. 3.) Unter der Ueberschrift: Was nun? meldet die „Köln. Ztg.“ in einem längeren Berliner Telegramm: Bei der konservativen-ultramontanen Taktik spielt Fürst Bälow eine episcopische Rolle und man rechnet damit, daß er — zur großen Freude des Zentrums — zurücktreten und einen neuen Mann Platz machen werde, der ebenso wie der müde gemachte Bundesrat, so meint man, sich dem neuen Vlod in die Arme werfen müsse. Unter dieser vom Zentrum mit großer Geschicklichkeit hervorgerufenen Synopse stehen heute die Konservativen, deren Haltung völlig unverständlich wäre, wenn sie nicht glauben, auf diesem Wege schließlich durchbringen und ihre Vesteuerungspläne verwirklichen zu können; diese Rechnung dürfte ohne den Wirt gemacht sein, denn selbst wenn der Bundesrat auf den Plan eingehen wollte, er könnte es nicht! Wie würde sich praktisch die Lage gestalten, wenn heute Fürst Bälow durch den neuen Vlod gestürzt würde? Der Bundesrat wäre nach wie vor auf seine bisherige Stellungnahme festgelegt, vor allem aber wäre es die preussische Regierung, die nicht nur durch den Reichskanzler, sondern auch durch alle andern Regierungsvertreter die wichtigsten Punkte im Finanzprogramm des schwarzen Vlod's aufs entschiedenste bekämpft hat, oder sollen mit Fürst Bälow auch diese, die Herren Rheinbaben, Delbrück, Habenstein besetzt werden? Das wäre so ziemlich die Besetzung alles dessen, was man unter dem Begriff „preussische Regierung“ zusammenfaßt, und das scheint uns ebenjowenig ausführbar, wie die Besetzung derjenigen mittelständischen Minister, die sich mit einer Klarheit, die schlechterdings nicht mißzuverstehen ist, gegen die Politik des schwarzen Vlod's ausgesprochen haben. Wenn die Konservativen zwischen der zweiten und dritten Lesung sich nicht noch eines anderen besinnen, so wird sich für die Regierung folgende Lage ergeben: Annehmen kann sie die Gesetzgebung des neuen Vlod's unter keinen Umständen und sie wird dann vor die Wahl gestellt, ob sie den Reichstag bis zum Herbst vertagen und dann den ganzen Kampf von neuem aufnehmen will oder ob sie trotz aller bisher geltend gemachten Bedenken zur Auflösung des Reichstags schreitet. Die Vertagung wäre sicherlich eine sehr schätzbare Lösung, denn nicht nur würde durch sie dem Reiche die Notwendigkeit auferlegt, täglich 1 1/2 Millionen durch Anleihen aufzubringen, sondern der ganze schwere Kampf, in dem wir seit einem halben Jahre stehen, mühte von neuem aufgenommen werden. Man muß daher dieser Lösung widerstreben, wenn sie auch immer noch besser wäre als die Annahme der neuen sogenannten Finanzreform, die durch die wirtschaftlichen Schädigungen und die Beeinträchtigung unseres Erwerbslebens dem Reiche unendlich mehr kosten würde, als die 1 1/2 Millionen täglicher Schulden. Die zweite